

**Rede von Sieglinde Frieß – ver.di-Hamburg**

Fachbereichsleiterin Bund/Länder und Gemeinden

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für eure Einladung, an diesem immer noch wichtigen Tage zu euch sprechen zu können. Es ist mir nicht leicht gefallen, eine Rede vorzubereiten, die genau das trifft, worüber ich und wir zur Zeit nachdenken: Der Konflikt in Nahost. Es fällt schwer, zu beurteilen oder zu verurteilen – vor allem, da ich auch nicht weiß, “welche Wahrheit oder Unwahrheit” die Medien und die Politik verkünden. Ich werde deshalb als Bürgerin und Gewerkschafterin über die Politik bei uns in der Bundesrepublik sprechen, denn nur, wenn wir hier was verändern, dann schaffen wir auch die Grundlage für Verbesserungen woanders. Deshalb gehe ich auf 3 Aspekte unserer Bundespolitik ein:

**1. Unsere Geschichte – unsere Vergangenheit**

Durch den Holocaust, durch die systematische Ermordung und Vernichtung von Millionen Menschen, durch das einzigartige Verbrechen der Deutschen tragen wir eine große und besondere Verantwortung. Wir sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass so etwas nie wieder passiert. Wir sind verpflichtet, gegen Antisemitismus und Rassismus zu kämpfen: gestern, heute und morgen. Und wir sind auch verpflichtet, vorsichtig in allen Einschätzungen und Konflikten zu sein. Dabei dürfen wir nicht verharmlosen, und es muss für uns eine besondere Zurückhaltung bedeuten.

Das heißt konkret: Ich halte nichts von sogenannten “robusten Mandaten”, sondern ich erwarte gerade von uns und unserer Regierung einen Einsatz für politische Lösungen – und dies heißt auch, einen Einsatz für das Existenzrecht Israels.

**2. Aufrüstung durch die Bundesregierung**

Gerade vor dem genannten Hintergrund der besonderen Verantwortung lehnen wir es ab, dass die Bundeswehr immer mehr zur Angriffsarmee wird, dass sich die Bundesregierung zur Weltpolizei aufspielt, dass gesetzliche und selbstverpflichtende Grundlagen immer mehr aufgekündigt werden. Unser Auftrag ist nicht die sogenannte Verteidigung der BRD in der Welt – ist nicht die Verteidigung der BRD am Hindukusch und im Kongo. Unser Auftrag muss ein Friedensauftrag sein. Nur so tragen wir zur Deeskalation bei.

**3. Statt Aufrüstung:****Abrüstung und soziale Absicherung**

Im Moment erleben wir den drastischsten Sozialabbau seit Gründung der Bundesrepublik. In Hamburg – der Stadt der Reichen – befinden sich mittlerweile 20,4 % aller Kinder unterhalb des Existenzminimums. Statt Arbeitsplätze zu organisieren, werden die Arbeitslosen bestraft.

Statt Gesundheit zu erhalten und zu fördern, wird Krankheit immer mehr zum Einzelrisiko. Aktuell ist wieder mal geplant: 5 Mrd. bei der Gesundheit, 9 Mrd. bei den Arbeitslosen, und ... und ... und ... einzusparen, und gleichzeitig werden Vorhaben beschlossen, die die Reichen reicher machen, die die Wirtschaft aus ihrer Pflicht nehmen und die Angriffskriege noch mehr absichern.

Nur 3 Beispiele bundesweit:

- 5 Mrd. weitere Unternehmenserleichterungen,
- 6 Mrd. für U-Boote und Raketen,
- 1 Mrd. zusätzlich für das sog. “robuste Mandat”.

Und auch für Hamburg fallen mir noch einige Dinge ein wie Tamm-Museum und Hafencity.

Ich könnte noch mehr aufzählen, belasse es aber bei einigen aktuellen Zahlen – schon diese verdeutlichen die derzeitige Politik.

Diesem müssen wir uns widersetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen hier Veränderungen erkämpfen und wir müssen uns für Frieden und eine gerechte Welt mit politischen Lösungen einsetzen.

Danke.